

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika**

Oktober 2015

www.kas.de

schrieb bereits im Februar, der Islamische Staat drohe Europa mit einer Million Flüchtlingen.⁴⁷

Neben der steigenden Gefahr islamistischer Terrorakte und den finanziellen Schwierigkeiten kommt die Veränderung der gewohnten Lebensweise hinzu, welche Europa hinnehmen muss. Das Schengener Abkommen, welches die Freizügigkeit auf dem Großteil der Fläche der Europäischen Union garantiert hat, sei nun, laut *Nezavisimaya Gazeta*, in Gefahr.⁴⁸

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Bei den politischen Parteien findet das Thema grundsätzlich eher wenig Aufmerksamkeit, da zurzeit andere Schwerpunkte, wie der Konflikt in der Ukraine und die wirtschaftliche Lage (Rubelkurs, Sanktionen, Ölpreis) die parteipolitische Agenda kurz vor der Wahl dominieren. Eine der wenigen öffentlichen Aussagen zu der Problematik kam vom Vorsitzenden der rechtspopulistischen LDPR, Wladimir Wolfowitsch Schirinowski. Er warf der Europäischen Union bei der Aufteilung von Flüchtlingen nach Quoten vor, sie würde von ihren Mitgliedstaaten mehr Disziplin verlangen als die ehemalige Sowjetunion.⁴⁹

Wahrnehmung des Umgangs mit Migration/Integration in Deutschland

Sowohl in den eher kremlkritischen als auch in den kremlnahen Medien findet sich die Aussage, dass Deutschland die Hauptlast der Migrationskrise trage und auf großen Widerstand insbesondere bei den osteuropäischen Staaten in Fragen der Verteilung der Flüchtlinge nach Quoten stoße.⁵⁰ Dennoch wird Deutschland als Hauptakteur gesehen, der bei der Suche nach Kompromissen die Initiative ergreift⁵¹ und dem grundsätzlich ein hohes Potential zugesprochen wird, seine Interessen durchzusetzen.⁵²

In den Medien wird darauf aufmerksam gemacht, dass die deutsche Gesellschaft in der Flüchtlingsfrage gespalten sei. Die Proteste in Heidenau hätten das Ausmaß der Spaltung in Bezug auf die Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung gezeigt.⁵³ Der kremlkritische Sender *Echo Moskvy* berichtete vom Besuch der Bundeskanzlerin in Heidenau am Ort der Proteste, bei dem sie von den Einheimischen ausgepiffen worden sei.⁵⁴

Die russische Tageszeitung *Kommersant* meint, Deutschland bezahle nun den Preis für die Toleranz, welche nicht von allen Teilen der Gesellschaft mitgetragen werde. Die propagierte übermäßige Toleranz sei gleichzeitig ein Hemmnis der Integration in die deutsche Gesellschaft. Berlin-Kreuzberg kann hierbei als ein Beispiel für eine misslungene Integration und eine entstandene Parallelgesellschaft gesehen werden. Die negative Stimmung gegenüber Flüchtlingen habe in der deutschen Gesellschaft zugenommen und sei mittlerweile salonfähig und nicht mehr ausschließlich unter marginalen Bewegungen zu finden.⁵⁵ Man kann aber auch Kommentare lesen, die darauf verweisen, dass Deutschland aufgrund der demographischen Krise junge Arbeitskräfte brauche, allerdings der Großteil der Flüchtlinge nur die finanzielle Hilfe des deutschen Staates möchte und nicht bereit sei, die europäischen Verhaltensnormen zu übernehmen.⁵⁶

Serbien

Norbert Beckmann-Dierkes / Eva Lennartz / Aleksandra Popovic (28.08.2015)

⁴⁷ Vgl. <http://russian.rt.com/article/75395> [25.08.2015].

⁴⁸ Vgl. http://www.ng.ru/world/2015-08-24/1_shengen.html [25.08.2015].

⁴⁹ Vgl. <http://www.mixnews.lv/ru/politics/news/2015-06-09/178005> [27.08.2015].

⁵⁰ Vgl. <http://www.vesti.ru/doc.html?id=2654362> [27.08.2015].

⁵¹ Vgl. http://inosmi.ru/op_ed/20150823/229806347.html [28.08.2015].

⁵² Vgl. <http://ria.ru/world/20150827/1211358514.html> [28.08.2015].

⁵³ Vgl. <http://www.kommersant.ru/doc/2794828> [24.08.2015].

⁵⁴ Vgl. <http://echo.msk.ru/news/1610648-echo.html> [27.08.2015].

⁵⁵ Vgl. <http://www.kommersant.ru/doc/2790194> [24.08.2015].

⁵⁶ Vgl. http://inosmi.ru/op_ed/20150823/229806347.html [24.08.2015].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Mit der stetig steigenden Anzahl von Flüchtlingen findet das Flüchtlingsthema große Aufmerksamkeit in allen Medien. Sowohl in den Printmedien als auch in den Fernseh- und Radiosendungen ist das Thema präsent und die erste Nachricht. Besonders in den sozialen Medien fällt das große Maß an Solidarität mit den flüchtenden Menschen auf und Beispiele konkreter Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen zeigen eine große Empathie. Den serbischen Behörden wird dabei eine gute Arbeit attestiert und die sonst übliche Kritik am behördlichen Handeln findet nicht statt.

Die politische Dimension der Flüchtlingswelle wird dabei kaum unter innen- oder außenpolitischen Gesichtspunkten diskutiert, vielmehr über die jeweils aktuelle Situation der Flüchtlinge im Land berichtet.

Eine Ausnahme hiervon macht Bosko Jaksic, Journalist bei der Tageszeitung *Politika*, der die jetzigen Flüchtlingsströme als eine Strategie der USA ansieht, Europa und auch Bundeskanzlerin Merkel zu schwächen. Die Flüchtlingssituation auf dem Balkan bezeichnet er dabei als „Kollateralschaden“. Seine Kritik stellt keine Einzelmeinung in Serbien dar, sondern spiegelt eine häufig zu hörende These über die Rolle der USA als Urheber der Flüchtlingskrise wider.

Besondere Aufmerksamkeit wurde den sofortigen Hilfsmaßnahmen Russlands zuteil, das mit Beginn der ersten großen Flüchtlingswelle mit großer Medienwirkung, Zelte und Erstausrüstung zur Verfügung stellte. Ähnlich wie bei der großen Flutkatastrophe sind die Hilfsmaßnahmen der EU erst später angelaufen und finden entsprechend erst einen späteren Niederschlag in den Medien.

Deutschland wird in den Medien nur im Zusammenhang mit Angela Merkel und ihren Möglichkeiten genannt, die Flüchtlingssituation in den Griff zu bekommen. Weiterhin wird es als wichtigstes Zielland vieler Flüchtlinge dargestellt. Zunehmend häufiger werden die Geldleistungen Deutschlands für Asylsuchende in Deutschland erwähnt und das Deutschland und die EU Serbien als sicheres Herkunftsland einstufen.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Premierminister Aleksandar Vučić, Parteivorsitzender der SNS (Serbische Fortschrittspartei) betont, dass Serbien alles für die Migranten tun werde, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Bei einem Besuch der Flüchtlinge im Park am Belgrader Hauptbahnhof sagte Vučić, dass die Flüchtlinge in Serbien willkommen seien und dass ein weiteres Aufnahmезentrum vor Winterbeginn mit einer Kapazität von 1.000 bis 3.000 Personen gebaut werden wird. In der Flüchtlingsfrage hofft er auf eine weitere Unterstützung seitens der EU und setzt hier insbesondere in Bundeskanzlerin Angela Merkel großes Vertrauen.

Die Ministerin für europäische Integration Jadranka Joksimović (ebenfalls SNS) stellt fest, dass die Migrationspolitik Serbiens der EU zeige, dass Serbien ein verlässlicher Partner sei, der europäische Standards umsetze. Ein Zaun an der ungarischen Grenze würde das Flüchtlingsproblem nicht lösen. Sie unterstreicht, dass serbische Bürger ein hohes Maß an Empathie und Menschlichkeit gegenüber den Migranten zeigen.

Innenminister Nebojša Stefanović (SNS) betont, dass alle Rechte und Freiheiten der Flüchtlinge in Serbien geschützt werden. Außenminister Ivica Dačić (Präsident der SPS – Sozialistischen Partei Serbiens, in der Regierungskoalition mit der SNS) stellt klar, dass Serbien keine Entscheidung wie Ungarn fällen werde, eine Mauer an der Grenze zu Mazedonien zu bauen, um die Ankunft weiterer Flüchtlinge zu verhindern.

Brankica Janković, Gleichstellungsbeauftragte der serbischen Regierung, bezieht sich auf das Verhalten der serbischen Bevölkerung und lobt das tolerante und solidarische Verhalten den Flüchtlingen gegenüber. Sie sieht die Gründe für dieses Verständnis in der Vergangenheit Serbiens und den Erfahrungen mit Flucht und Vertreibung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Als Einzelstimme unter den regierenden politischen Akteuren muss Mihalj Bimbo, Bürgermeister der Stadt Kanjiza in der Wojwodina, gewertet werden, der die lokale Bevölkerung vor den Asylbewerbern warnt, da diese „keine Anzeichen von Intelligenz und Kultur besitzen“. Der serbische Minister für Handel, Rasim Ljajić, zeigte sich über diese Meinung schockiert und erwiderte, dass es menschliche Pflicht sei, den Flüchtlingen zu helfen.

Boško Obradović, Präsident der Partei Dveri, die nicht im Parlament vertreten ist, aber in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird, vertritt die Ansicht, dass die Flüchtlingskrise ein Problem für Serbien darstellt und die EU hieran die Schuld trage. Serbien unterschätze den Flüchtlingsstrom als ein soziales, wirtschaftliches und gesundheitliches Risiko. Vor diesem Hintergrund befürwortet Obradović den Bau eines Grenzzaunes an der serbisch-mazedonischen Grenze ähnlich dem an der serbisch-ungarischen Grenze. Serbien habe kein Problem mit Flüchtlingen, sondern mit der „Hinterhältigkeit“ der EU und ihrer „Doppelmoral“.

Willkommenskultur in Serbien

Die Bevölkerung steht den Flüchtlingen positiv gegenüber und verhält sich diesen gegenüber tolerant. Beispielsweise bieten Friseure ihre Dienste und Imbisse ihre Gerichte kostenlos oder zu ermäßigtem Preis an. Auch haben Imbisse ihr Angebot dem muslimischen Glaubensregeln angepasst und bieten vermehrt Lammprodukte an. Viele Leistungen und Angebote werden nun in arabischer Sprache ausgeschrieben. Aufgrund der eigenen Vergangenheit geht die serbische Bevölkerung solidarisch mit den Flüchtlingen um.

In Serbien findet sich eine große Hilfsbereitschaft sowohl unter Einzelpersonen als auch in der Wirtschaft und auf staatlicher Seite. Ärzte leisten zusätzliche Einsätze, die Post hat am Hauptbahnhof in Belgrad ihre Öffnungszeiten an den Geldschaltern verlängert, viele Menschen und Firmen spenden Nahrungsmittel, Kleidung, Schuhe, Hygieneartikel usw. Zurzeit bereiten sich die Behörden auf die veränderten Wetterbedingungen im Herbst und Winter vor.

Für den Umgang mit Flüchtlingen sind das serbische Innenministerium, das Ministerium für Arbeit, Beschäftigung und soziale Fragen sowie das Kommissariat für Flüchtlinge die zuständigen Behörden. In Belgrad ist seit kurzem ein Informationszentrum für Asylbewerber eingerichtet worden. Angesichts der großen Herausforderung an die staatlichen Stellen werden vereinzelt Reibungsverluste bei der Koordination festgestellt, insgesamt ist die Arbeit der Behörden aber wirksam. Die serbischen Behörden haben bisher einen den Umständen entsprechenden geregelten Ablauf bewirkt. Weitere Unterstützung der internationalen Gemeinschaft ist allerdings wünschenswert. Der serbische Innenminister betont, dass die Kosten für Serbien sehr hoch seien und konkrete Hilfe für vorübergehende Unterbringung, Nahrung und medizinische Versorgung gebraucht werde.

Die Immigration verläuft größtenteils geordnet. Nichtregierungsorganisationen haben Dolmetscher organisiert, die die Flüchtlinge unterstützen. Das Rote Kreuz, kirchliche Hilfswerke und die Vereinten Nationen, die EU, russische und amerikanische Hilfsmaßnahmen aber auch private Initiativen zeigen Wirkung.

Die meisten Flüchtlinge haben die EU als Ziel, Serbien ist in diesem Sinn ein Transitland für maximal 72 Stunden. Unter diesen Bedingungen verläuft die Ein- und Ausreise folgendermaßen: Die Flüchtlinge kommen im Aufnahmezentrum in Preševo im Süden Serbiens an und werden dort registriert. Die wenigsten beantragen Asyl in Serbien. In Preševo werden die Flüchtlinge mit Nahrung, Ausruhmöglichkeiten und Informationen zu ihrer Weiterreise versorgt. Es werden etwa Informationen zu den Abfahrtszeiten von Zügen nach Belgrad gegeben. Auch hilft das Aufnahmezentrum den Flüchtlingen dabei, eine Fahrkarte zu erhalten. In Belgrad warten die Flüchtlinge auf die Weiterfahrt an die ungarische Grenze im Park am Busbahnhof. Zwischen 500 und 700 Personen halten sich dort täglich auf. Auch hier wird den Flüchtlingen so gut wie möglich geholfen. Eine Belgrader Poststelle, bei der die Flüchtlinge Geld abholen können, das Verwandte für sie angewiesen haben, hat eine zusätzliche

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Oktober 2015

www.kas.de

Nachtschicht eingerichtet. Schwieriger wird die Situation in Belgrad, wenn es regnet. Hier haben die Flüchtlinge einen Zufluchtsort im Parkhaus nahe dem Busbahnhof gefunden. Die Lage ist friedlich und man geht auf humane Weise miteinander um. Jedoch ist weitere internationale Unterstützung erforderlich, um den steigenden Flüchtlingszahlen gerecht zu werden.

Slowakische Republik

Dr. Werner Böhler / Gabriela Tibenská (27.08.2015)

Die slowakischen Medien berichten über konkrete Tatsachen zum Thema Migration, bringen Reportagen, aber bewertende Kommentare und tiefergehende Analysen findet man eher selten.

Im Juni berichteten die Medien ausführlich und kritisch über zwei Demonstrationen gegen Migration in der Hauptstadt Bratislava und der nordslowakischen Stadt Zilina, bei denen einige Tausende Radikale, Extremisten und Nationalisten aus der Slowakei, aber auch aus Polen und Tschechien ihre Ablehnung und ihren Hass gegenüber Einwanderern zum Ausdruck gebracht haben. Ferner wurde kritisch bemerkt, dass Premierminister Robert Fico (Sozialdemokratische Partei SMER) sich durch seine fast gleichgültige Haltung gegenüber dieser slowakische Verhältnisse unerwartet aggressive Versammlung populistisch den Massen anpasse, anstatt sich mit klaren Worten für Solidarität auszusprechen. Die Medien zitierten in diesem Zusammenhang auch Äußerungen bekannter Persönlichkeiten, die sich für die Unterstützung und die Aufnahme von Flüchtlingen ausgesprochen und darauf hingewiesen haben, dass die Slowaken in der Vergangenheit selbst als Flüchtlinge in Europa und Amerika aufgenommen wurden.

In den letzten Wochen berichteten die Medien über die auf EU-Ebene geführte Diskussion über Verteilungsquoten von Flüchtlingen. Daraufhin folgten Meldungen darüber, dass die slowakische Regierung etwa 100 christliche Flüchtlinge und dazu lediglich für eine Übergangszeit weitere 500 Asylsuchende aufnehmen wird, die sich zunächst in Österreich aufhielten. Vom Premierminister Robert Fico wurde dies als Akt des guten Willens bezeichnet.

Ende August reflektierten die Medien, dass die Äußerung des slowakischen Außenministeriums über die Aufnahme von ausschließlich christlichen Flüchtlingen scharfe Kritik seitens der Medien und offiziellen Stellen in anderen EU-Staaten und den USA hervorrief. Die eher liberalen Medien haben diese Kritik angenommen, konservative online Medien halten dieses Vorgehen hingegen für richtig, mit der Begründung, dass die Slowakei nur wenig Erfahrung mit Flüchtlingen habe und deswegen vorerst nur solche aufnehmen sollte, die sich aller Voraussicht nach am besten in dem traditionell christlich geprägten Land integrieren könnten.

Wahrnehmung des Themas bei den politischen Parteien

Die Vorsitzenden der oppositionellen Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) und der Partei Most-Hid sprechen sich dafür aus, dass die Slowakei den aufgrund ihrer Konfessionszugehörigkeit verfolgten Menschen aus Kriegsgebieten aus humanitären Gründen helfen müsse. Es sei eine menschliche Pflicht, diesen Menschen zu helfen.

Im Juni 2015 kam der syrische Patriarch Gregorios III. auf Einladung des KDH-Vorsitzenden Ján Figel' nach Bratislava und traf dort u.a. mit PM Robert Fico und Außenminister Miroslav Lajčák zusammen. Die KDH-nahe Anton-Tunega Stiftung organisierte in Zusammenarbeit mit dem KAS-Büro Bratislava eine große öffentliche Veranstaltung mit dem Patriarchen, Ján Figel' und dem slowakischen Bischof und Sekretär der Vatikanischen Kongregation für die orientalischen Kirchen Cyril Vasiľ. Über den Besuch wurde in auch im staatlichen Fernsehen berichtet.